

# Wie Inklusion funktionieren kann

**W**enn ein blinder Besucher durch den Dunkelparcours des Dialogmuseums in der Frankfurter Hauptwache führt, staunen die meisten über dessen Fähigkeit, sich in den völlig lichtlosen Räumen zurechtzufinden. Im Dunkeln ist er der Sehende, und die Gäste sind die Blinden. Was behinderte Menschen zu leisten imstande sind, sieht man auch beim Frankfurter IT-Unternehmen Auticon, wo die autistischen Mitarbeiter ein ungewöhnlich hohes logisches und analytisches Verständnis zeigen. Besonders stark sind sie zum Beispiel im Erkennen von Mustern und Fehlern. Auch hier gilt: Behinderte besitzen oft ganz besondere Fähigkeiten. Doch brauchen sie freilich Orte, an denen sie ihr Können unter Beweis stellen können.

Solche Orte sind Inklusionsunternehmen, also Betriebe, die gezielt besonders viele Behinderte beschäftigen. In Deutschland gibt es mehr als 1000 solcher Unternehmen, sie beschäftigen insgesamt um die 30.000 Mitarbeiter – Behinderte und Nichtbehinderte. Ein Beispiel ist die Großwäscherei Heinzelmännchen im hessischen Wächtersbach, wo mehr als 100 Menschen mit und ohne Behinderung arbeiten. Oder die Cook-Company in Frankfurt, die Firmencatering, Schulessen und Mensaversorgung anbietet.

Organisiert sind die Inklusionsunternehmen in der Bundesarbeitsgemeinschaft Inklusionsfirmen e.V., die in diesem Jahr den 40. Jahrestag ihres Bestehens feiert. Geschäftsführerin Claudia Rustige spricht von einem besonderen Modell der Mitgliedsbetriebe: Diese brächten außergewöhnlich viele Behinderte in die Arbeitswelt und arbeiteten trotzdem wirtschaftlich erfolgreich. Tatsächlich erzielt die große Mehrheit der Inklusionsunternehmen positive Betriebsergebnisse – will heißen: Sie machen Gewinne, wenn auch bisweilen in überschaubarem Rahmen. Doch auf hohe Gewinne sind sie auch gar nicht aus. Sie arbeiten in der Regel gemeinnützig, ihr wichtigstes Ziel ist die Schaffung von regulären Arbeitsplätzen für Behinderte.

Inklusionsunternehmen stehen aber im Wettbewerb. Die Heinzelmännchen etwa müssen so gut sein wie normale Wäschereien, mit denen sie um Aufträge von Krankenhäusern, Hotels und Restaurants konkurrieren. Von anderen Firmen unterscheiden sich die Inklusionsunternehmen dadurch, dass 30 bis 50 Prozent ihrer Mitarbeiter Behinderte sind: Blinde, Taube, Frauen und Männer im Rollstuhl, auch Menschen mit kognitiver Einschränkung oder einer psychischen Erkrankung. Sie sind fest angestellt, verdienen nach dem üblichen Tarif, zahlen Steuern und Beiträge zur Sozialversicherung.

Auch andere Unternehmen beschäftigen Behinderte, sie müssen dies laut Gesetz sogar tun. Betriebe mit mehr als 20 Mitarbeitern sind verpflichtet, fünf

**RHEIN-MAIN** Viele Inklusionsunternehmen schreiben stille Erfolgsgeschichten. Dort werden Menschen mit Behinderung in den Arbeitsalltag integriert, zum Nutzen aller Beteiligten.

*Von Hans Riebsamen*



**Gemeinsam:** Viele Unternehmen setzen sich für die Integration behinderter Menschen am Arbeitsplatz ein.

Foto Bundesarbeitsgemeinschaft Inklusionsfirmen

Prozent ihrer Stellen mit Behinderten zu besetzen. Wer dies nicht tun kann oder will, muss eine Ausgleichszahlung leisten, die zwischen 200 und 600 Euro pro fehlender Stelle beträgt und in ein Sondervermögen fließt. Mit dem Geld finanzieren die Integrationsämter Jobs und Einrichtungen für Behinderte. „Das ist ein gutes System, weil es zielgenau und unabhängig von den aktuellen Steuereinnahmen Behinderte fördert“, sagt Michael Weiß, der Geschäftsführer der „Fachberatung für Arbeits- und Firmenprojekte“ in Darmstadt, einer hundertprozentigen Tochter der „Bundesarbeitsgemeinschaft Inklusionsfirmen“.

Auch die Fachberatung feiert in diesem Jahr den 40. Jahrestag ihrer Gründung. Damals, 1985, merkten die Akteure der Bundesarbeitsgemeinschaft, dass die Selbsthilfefirmen, wie sich in jenen frühen Zeiten die Integrationsunternehmen nannten, sich professionalisieren mussten, wollten sie nicht unter die Räder kommen. Der gute Wille und das hohe Engagement der Unternehmensgründer – oft Psychiater oder Sozialarbeiter, die für ihre Klienten Arbeitsplätze schaffen wollten – reichten nicht zum Überleben. Die Betriebe benötigten auch betriebswirtschaftliches Know-how. Deshalb gründete die Bundesarbeitsgemeinschaft

vor 40 Jahren die Fachberatung für Arbeits- und Firmenprojekte, die heute in Darmstadt, Berlin, Kiel, Chemnitz und Köln Büros betreibt und Integrationsunternehmen betriebswirtschaftlich bei ihrer Gründung oder in Krisen berät.

Zudem ist die Beratung in neun Bundesländern in einem Rahmenvertrag mit den dortigen Integrationsämtern verbunden. Sie prüft etwa, ob Geschäftsmodelle neuer Integrationsunternehmen tragfähig und förderungswürdig sind. Die damalige Gründung der Fachberatung wurde durch eine finanzielle Unterstützung der Freudenberg-Stiftung möglich, die bis heute ein Förderer von Inklusionsprojekten geblieben ist.

Inklusionsunternehmen, darauf weist Manuela Kisker, die Prokuristin der Beratung in Darmstadt hin, tragen nicht nur zur Wertschöpfung im Lande bei, sondern entlasten auch den Staat und die Sozialsysteme. Denn gäbe es die Inklusionsjobs nicht, wären die Behinderten arbeitslos und würden Sozialhilfe beziehen. Allerdings leben die Sozialunternehmen nicht zu 100 Prozent von ihren regulären Betriebserlösen, sie bekommen in der Regel auch Zuschüsse, etwa aus dem erwähnten Sondervermögen aus den Ausgleichszahlungen der Betriebe, die keine oder zu wenige Behinderte beschäftigen. Der Anteil dieser Förderung am Gesamterlös des Unternehmens beträgt laut Bundesarbeitsgemeinschaft im Durchschnitt etwa zwölf Prozent. Laut einer jüngst veröffentlichten Studie fließen aber von einem als Unterstützung eingesetzten Euro 1,86 Euro an den Fiskus und die Sozialversicherungssysteme zurück.

Ganz abgesehen davon, dass der Staat und die Sozialsysteme durch die Integrationsunternehmen finanziell entlastet werden, gewinnen die Beschäftigten mit Behinderung Lebensmotivation, soziale Einbindung in die Gesellschaft und sozialen Schutz. Am wichtigsten ist aber, dass die Behinderten nützliche Arbeit verrichten und ihr eigenes Geld verdienen. Man kann also durchaus sagen, dass es bei diesem Modell nur Gewinner gibt.

Trotzdem ist die Geschäftsführerin der „Bundesarbeitsgemeinschaft Inklusionsfirmen“ noch nicht zufrieden. Gemeinnützige Unternehmen wie die Integrationsbetriebe seien von der Wirtschaftsförderung der Kommunen und Länder in der Regel ausgeschlossen, klagt Claudia Rustige: „Das verstehen wir nicht.“

Noch schwerer wiegt der Umstand, dass die Integrationsunternehmen der teuren Berufsgenossenschaft für Gesundheit und Wohlfahrtspflege angehören müssen. Ein integrativer Hotelbetreiber etwa dürfe nicht unter das Dach der günstigeren Berufsgenossenschaft für Hotelunternehmen schlüpfen, was ihn in der Konkurrenz zu normalen Hotels benachteilige. Rustige hofft darauf, dass die künftige Bundesregierung dies ändert. Als Lobbyisten der Behinderten wollen sie und ihre Mitstreiter sich in Berlin weiterhin dafür stark machen.